

13. September 2010

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft von Wehr- und Zivildienst

Mut zu mehr Verantwortung und Freiwilligkeit – Bundeswehr zukunftsfähig machen und freiwillige soziale Dienste stärken

- **Mit immer neuen, unausgegorenen Reformideen sorgen die Minister zu Guttenberg und Schröder für tiefe Verunsicherung bei Soldatinnen und Soldaten, jungen Menschen und Beschäftigten in der Wehrverwaltung und dem Zivildienst. Wir fordern die Bundesregierung auf, die reformpolitische Irrfahrt zu beenden und der Öffentlichkeit endlich klare und detaillierte Pläne für die Reform der Bundeswehr und die Zukunft von Wehr- und Zivildienst vorzulegen.**
- **Zumindest in der Frage der Zukunft des Wehrdienstes scheint der Verteidigungsminister inzwischen endlich auf einem richtigen Weg. Wir begrüßen, dass zu Guttenberg anscheinend das SPD-Konzept eines freiwilligen Wehrdienstes übernehmen will. Er hätte dabei unsere volle Unterstützung. Wir fordern eine rasche Umsetzung dieses Modells, um das mit der Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate angerichtete Chaos innerhalb der Bundeswehr so schnell wie möglich zu beenden.**
- **Die Bundesregierung ist aufgefordert, die anstehenden Reformen des Wehr- und Zivildienstes als Chance für eine Stärkung unserer Bürgergesellschaft zu verstehen und zu nutzen. Wir fordern einen konsequenten Ausbau der Freiwilligendienste. Die bislang für den Zivildienst verwendeten Mittel sind vollständig zur Stärkung der Freiwilligendienste einzusetzen. Einen staatlich organisierten „freiwilligen Zivildienst“ lehnen wir ab.**
- **Um möglichst viele junge Menschen für einen freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft – bei der Bundeswehr oder in einem Jugendfreiwilligendienst - zu gewinnen,**

muss die Bundesregierung attraktive Anreize setzen. Wir fordern die Bundesregierung auf, zügig konkrete Vorschläge hierzu vorzulegen.

- **Die Reformen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten bei Bundeswehr und Zivildienstverwaltung ausgetragen werden. Wir erwarten, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die vorhandenen Strukturen für eine zügige Umstellung auf einen freiwilligen Wehrdienst und die Stärkung der Freiwilligendienste zu nutzen. Einem Kahlschlag bei Bundeswehrstandorten und Zivildienstschulen stellen wir uns entschieden entgegen.**
- **Die Reform der Bundeswehr, die Zukunft von Wehr- und Zivildienst berühren wesentliche Grundlagen der inneren Verfassung unseres Gemeinwesens. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, einen breiten gesellschaftlichen Konsens in diesen Fragen zu suchen.**

Chaos und Verunsicherung bei Bundeswehr und Zivildienst

Seit Monaten sorgt Verteidigungsminister zu Guttenberg für immer neue Irritationen und Verunsicherung im Zusammenhang mit der Bundeswehr. Statt einer Reform aus einem Guss präsentiert der Verteidigungsminister der Öffentlichkeit immer wieder scheinbar widersprüchliche Zahlen und Reformvorschläge, ohne sich jedoch eindeutig zu positionieren. Es war und ist eine der wichtigsten Aufgaben aller Bundesregierungen, die innere und die äußere Sicherheit zu gewährleisten und die hierfür notwendigen Ressourcen zu bestimmen und vorzuhalten. Zu Guttenberg verfolgt dagegen eine Sicherheitspolitik nach Kassenlage und entlang der aktuellen Befindlichkeiten innerhalb der Koalition. Seinem Auftrag als Verteidigungsminister wird er damit nicht gerecht.

Mit der Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate hat der Verteidigungsminister sich über den Rat aller Experten hinweggesetzt und ein organisatorisches Chaos in der Truppe ausgelöst – nur um diese Entscheidung wenige Wochen später wieder in Frage zu stellen. Familienministerin Schröder kann den Richtungswechseln des Verteidigungsministers kaum folgen und entwirft in aller Eile immer neue Not-Rezepte für die Zukunft des Zivildienstes.

Die Institution Bundeswehr und die bei ihr beschäftigten Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es verdient, dass sie nicht weiter im Unklaren gelassen werden über die Regierungspläne zum Umbau der Armee. Die jungen Menschen, die bislang einen Wehr- oder Zivildienst geplant haben, brauchen ebenso Gewissheit wie die

sozialen Träger und Kommunen, die Zivildienstleistende beschäftigen, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zivildienstverwaltung.

Freiwilliger Wehrdienst – unser Modell für eine modernisierte Bundeswehr

Seit annähernd zwölf Jahren befindet sich die Bundeswehr im größten Umgestaltungsprozess ihrer Geschichte. Der Umbau der Bundeswehr war die notwendige und richtige Konsequenz auf eine grundlegend veränderte Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges. Die „Transformation“ der Bundeswehr bleibt eine dauernde Aufgabe. Es gilt, kontinuierlich Lehren aus den Einsatzerfahrungen der letzten Jahre zu ziehen und auf gegebenenfalls veränderte politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren. Weitere Reformen innerhalb der Bundeswehr mit Augenmaß und Rücksicht auf die zivilen und militärischen Beschäftigten sind deshalb durchaus sinnvoll und geboten.

Eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr – nach der Halbierung seit 1990 von 500.000 auf heute 250.000 Soldatinnen und Soldaten – hat zwangsläufig weitreichende Konsequenzen für die Zukunft von Wehr- und Zivildienst. Die allgemeine Wehrpflicht hat sich als Instrument der Nachwuchsrekrutierung und als Garant für die Verankerung der Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft über viele Jahrzehnte bewährt. Dennoch ist sie durch die veränderten Aufgaben der Bundeswehr und die immer geringere Zahl an erforderlichen Wehrpflichtigen in den letzten Jahren unter Legitimierungsdruck geraten. Schon heute werden nur rund 15 Prozent eines Jahrgangs zum Wehrdienst eingezogen. Mit jeder weiteren Reduzierung der Truppenstärken wird sich das Problem der Wehrgerechtigkeit weiter verschärfen, der Rechtfertigungsdruck auf die Wehrpflicht wird steigen.

Die SPD hat deshalb schon auf ihrem Hamburger Parteitag 2007 beschlossen, einen freiwilligen Wehrdienst einzuführen und zugleich die freiwilligen sozialen Dienste zu stärken.

Der Beschluss von Hamburg war zukunftsweisend für den Wehr- und Zivildienst. Eine Freiwilligenarmee mit Zeit- und Berufssoldaten sowie freiwillig Wehrdienstleistenden hätte gegenüber einer reinen Berufsarmee vor allem einen zentralen Vorzug: Die Möglichkeit, den notwendigen Nachwuchs für die Bundeswehr aus der Mitte der Gesellschaft zu generieren. Für junge Menschen, die der Bundeswehr aufgeschlossen gegenüberstehen, bietet der freiwillige Wehrdienst eine Zeit des Prüfens und Abwägens, ob es sich lohnt, auf Dauer in die Bundeswehr einzutreten. Die Bundeswehr öffnet damit eine Tür für alle, die sich nicht von vornherein und dauerhaft für den Beruf des Soldaten entscheiden wollen oder können.

Die Bürgergesellschaft stärken – Freiwilligendienste ausbauen

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ging und geht es bei dieser Reform zugleich um deutlich mehr: Indem wir auf Freiwilligkeit bei Wehr- und zivilen Diensten setzen, gehen wir einen wichtigen Schritt zur Stärkung unserer Bürgergesellschaft. Wir vertrauen auf selbstbestimmte junge Menschen, die freiwillig und aus innerer Überzeugung Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen.

Die Bereitschaft dazu ist groß. Zehntausende junge Frauen und Männern erklären sich Jahr für Jahr bereit, einen Jugendfreiwilligendienst zu absolvieren und ihre Kraft, ihre Zeit und ihre Kompetenzen in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche einzubringen. Junge Menschen wollen in Altenheimen, Krankenhäusern und Kindertagesstätten, in der Entwicklungshilfe, in Naturschutzgebieten, im Sportverein oder im Theater ihren Dienst für die Gemeinschaft leisten. Hierin liegt ein bedeutendes Potenzial, das bisher ungenügend genutzt wird. Denn seit Jahren übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für Jugendfreiwilligendienste die Zahl der Plätze um das Doppelte. Es ist Aufgabe der Politik, die jetzt anstehenden Veränderungen als Chance zu einer Offensive für mehr Freiwilligkeit zu nutzen und noch mehr Gelegenheiten für freiwilliges Engagement zu schaffen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen deshalb die Zukunft in einem Ausbau der Freiwilligendienste. Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Im Übergang zwischen Jugend- und Erwachsenenphase eröffnen sie die Chance zu persönlicher und beruflicher Orientierung. Sie sind Bildungsdienste und ermöglichen neue Lernerfahrungen, vermitteln wichtige fachliche und soziale Fähigkeiten. Sie stärken Selbständigkeit, Selbstbewusstsein und Verantwortung.

Jugendfreiwilligendienste sind erprobt, sind äußerst beliebt bei jungen Menschen und werden erfolgreich gemeinsam von der Zivilgesellschaft, Bund und Ländern angeboten. Alles spricht dafür, die sich jetzt bietende Chance zu ergreifen und Jugendfreiwilligendienste quantitativ wie qualitativ weiter zu stärken.

Statt diese Gelegenheit mutig zu nutzen, setzt Bundesfamilienministerin Schröder mit ihrem Vorschlag eines staatlich organisierten „freiwilligen Zivildienstes“ auf das völlig falsche Pferd. Schröder verabschiedet sich damit vom Leitbild einer starken Bürgergesellschaft. Denn ein „freiwilliger Zivildienst“ ist altem Denken verhaftet und stellt den Grundsatz der Nachrangigkeit von staatlichem gegenüber gesellschaftlichem Engagement in Frage. Schließlich führt er zu teuren und überflüssigen Doppelstrukturen und kann die Freiwilligendienste sogar in ihrer Existenz gefährden. Die Behauptung von Bundesministerin Schröder, der Bund stoße bei

einer stärkeren finanziellen Förderung der Freiwilligendienste an „verfassungsrechtliche Grenzen“, überzeugt nicht. Dem Bund steht es selbstverständlich frei, mehr Plätze als heute zu fördern und die Förderung deutlich zu erhöhen. Das ist rechtlich möglich. Ein zusätzlicher „freiwilliger Zivildienst“ ist daher sinnlos und überflüssig. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es der Bundesfamilienministerin in erster Linie um die Sicherung eigener Aufgabengebiete, statt um konsistente und attraktive Angebote für junge Menschen geht.

Auch die Rufe aus der Union nach einem sozialen Pflichtdienst für alle zeigen einen Rückfall in alte Zeiten. Teile von CDU und CSU setzen nach wie vor auf Zwang statt auf Freiwilligkeit. Sie haben kein Vertrauen in die Bereitschaft junger Menschen, Verantwortung zu übernehmen.

Wir sind überzeugt: Die notwendigen Reformen bei Wehr- und Zivildienst bieten eine große Chance für die Modernisierung unserer Gesellschaft. Verteidigungsminister zu Guttenberg und Familienministerin Schröder sind dabei, diese Chance fahrlässig zu verspielen.

Gesellschaftlichen Konsens suchen

CDU/CSU haben den Hamburger Beschluss der SPD heftig kritisiert und verunglimpft. Auch der heutige Verteidigungsminister zu Guttenberg beteiligte sich daran. Inzwischen hat er offenbar die Vorzüge des SPD-Modells eines freiwilligen Wehrdienstes erkannt. Wir begrüßen ausdrücklich, dass zu Guttenberg das SPD-Modell für sich entdeckt hat. Die avisierte Zahl von 7.500 Dienstposten für Freiwillige halten wir aber für mutlos und nicht ausreichend, um den Nachwuchsbedarf der Bundeswehr zu decken. Der Bedarf an Kurzzeitdienern, vergleichbar dem heute „Freiwillig länger Wehrdienstleistenden (FWDL)“, in den Streitkräften ist deutlich höher. Die Wehrdienstleistenden tragen wesentlich dazu bei, dass die Streitkräfte leistungsfähig und attraktiv bleiben.

Die Konsequenzen der angestrebten Reform der Bundeswehr sind weitreichend und schwerwiegend. Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik gute Tradition, dass bei derart grundlegenden Weichenstellungen in der Sicherheitspolitik ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Parteigrenzen hinaus gesucht wird. Die Minister zu Guttenberg und Schröder brechen mit dieser Tradition. Sie behandeln die anstehenden Reformen vor allem als technisch-administrative Aufgabe und beschränken sich darauf, die Widerstände innerhalb der Koalition einzudämmen und kleinzureden. Sie vergeben damit die große Chance, die in einem von einer breiten Mehrheit getragenen Struktur- und Paradigmenwechsel hin zur Freiwilligkeit liegt.

Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung zu einer klaren Linie findet und den ernsthaften Versuch unternimmt, für die Reform von Bundeswehr, Wehr- und Zivildienst eine breite gesellschaftliche und politische Mehrheit zu gewinnen. Das ist sie den jungen Menschen, den Soldatinnen und Soldaten und den Beschäftigten in der Wehrverwaltung und beim Zivildienst ebenso schuldig wie den Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, die Planungssicherheit brauchen und wissen müssen, worauf sie sich einstellen können.

Unsere Forderungen zur Zukunft von Wehr- und Zivildienst

- Wir erwarten, dass sich Verteidigungsminister zu Guttenberg mit Nachdruck für die Einführung eines freiwilligen Wehrdienstes einsetzt. Er könnte dabei auf unsere Unterstützung rechnen.
- Die Zahl der eingeplanten Freiwilligen muss sich am tatsächlichen Bedarf der Bundeswehr orientieren. Das Verteidigungsministerium ist gefordert darzulegen, wie – unter Rückgriff auf vorhandene administrative Strukturen - eine ausreichende Zahl von Freiwilligen, die willens und geeignet sind, einen freiwilligen Wehrdienst zu leisten, angesprochen und rekrutiert werden soll.
- Um junge Männer und Frauen für einen freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft, bei der Bundeswehr oder in einem Jugendfreiwilligendienst zu gewinnen, muss die Bundesregierung attraktive Anreize setzen, wie zum Beispiel
 - Bonusregelungen beim Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen (Wartesemester),
 - BAföG-Vergünstigungen in Form eines Darlehenserrlasses,
 - die Anrechnung von Dienstzeiten auf die Rentenversicherung,
 - verbesserte Lern- und Bildungsangebote im Rahmen des Dienstes sowie die Möglichkeit, Zusatzqualifikationen zu erwerben,
 - eine bessere Anrechenbarkeit von Dienstzeiten z.B. als Pflichtpraktika und erworbene Zusatzqualifikationen für künftige Ausbildungen,sowie speziell für junge Menschen bei der Bundeswehr
 - die Möglichkeit des Führerscheinerwerbs während der Dienstzeit bei der Bundeswehr
 - eine Erweiterung der Berufsförderungsansprüche für Soldatinnen und Soldaten.

Parallel und darüber hinaus gilt es, den Dienst in den Streitkräften attraktiver zu gestalten, damit die Bundeswehr als Freiwilligenarmee in der Konkurrenz um qualifizierte Kräfte

te auf dem Arbeitsmarkt bestehen kann. Wir fordern deshalb ein Attraktivitätsprogramm für Zeit- und Berufssoldaten.

- Bei den Reformen von Bundeswehr und Zivildienst muss Rücksicht auf die Beschäftigten genommen werden. Bei der Bundeswehr darf es keinen linearen Abbau von Zivilpersonal geben. Standortreduzierungen und -schließungen sind auf ein Minimum zu reduzieren. Dort, wo sie unabweisbar sind, muss Verteidigungsminister zu Guttenberg die betroffenen Länder und Kommunen frühzeitig einbeziehen, um nach tragfähigen Lösungen für alle Beteiligten zu suchen, so wie es seine Vorgänger Peter Struck und Rudolf Scharping getan haben.
- Die durch den Wegfall des Zivildienstes als Ersatzdienst frei werdenden Mittel müssen konsequent in den Ausbau der bestehenden Freiwilligendienste investiert werden. So erhält jede junge Frau und jeder junge Mann tatsächlich die Gelegenheit zum freiwilligen Engagement. Wir wollen vorhandene Strukturen dort nutzen, wo wir die Freiwilligendienste weiter stärken können, das gilt insbesondere auch für die Zivildienstschulen.
- Wir wollen junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen für ein freiwilliges Engagement begeistern. Deshalb müssen Hemmschwellen beim Zugang, die momentan vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund und bildungsferner sozialer Herkunft abschrecken, abgebaut werden. Die bereits durchgeführten Modellprogramme zeigen, wie das gehen kann.
- Wir erwarten eine klare Absage an Forderungen nach Einführung eines sozialen Pflichtdienstes. Ein solcher Pflichtdienst entspricht nicht unserem Bild eines freien und selbstbestimmten Menschen und ignoriert, dass sich Millionen Menschen in unserem Land bereits freiwillig engagieren. Er ist außerdem unvereinbar mit unserem Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Junge Menschen in Deutschland sind bereit, ihren Dienst für die Gemeinschaft zu leisten, ob in der Bundeswehr oder in den Freiwilligendiensten. Jetzt ist die Zeit, bürgerschaftliches Engagement weiter zu stärken, Mut zu zeigen für mehr Verantwortung und Freiwilligkeit. Wir wollen nicht die Debatten von gestern führen und wir wollen nicht, dass die Chance zu wegweisenden Reformen im Streit der Koalitionspartner versandet. Gefragt sind Reformbereitschaft und Entschlusskraft, um unsere Gesellschaft moderner, offener und selbstverantwortlicher zu gestalten. Dafür stehen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion am 13. September 2010)